POSITIONSPAPIER ZUM DRITTEN JAHRESTAG DER „FRAU, LEBEN, FREIHEIT“-PROTESTE IN IRAN

HÁWAR

www.hawar.help/iran

DREI JAHRE WIDERSTAND GEGEN EIN VERBRECHERISCHES REGIME

Am dritten Jahrestag der „Frau, Leben, Freiheit“-Revolution verneigen wir uns vor dem Mut all jener, die sich gegen die systematische Gewalt, Unterdrückung und Auslöschung durch die Islamische Republik Iran gestellt haben. Hunderttausende haben ihr Leben riskiert – und riskieren es bis heute – für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte. Viele wurden ermordet, gefoltert, hingerichtet oder ins Exil gezwungen.

Dieses Positionspapier ist das Ergebnis eines von HÁWAR.help initiierten Gerechtigkeitsforums. Dort haben Überlebende, Hinterbliebene und Exil-Aktivist:innen ihre Erfahrungen eingebracht und gemeinsame politische Forderungen formuliert.

ÜBER HÁWAR.HELP UND UNSERE IRAN-ARBEIT

HÁWAR.help setzt sich für Menschenrechte ein – besonders für Betroffene von Genozid, Krieg und systematischer Unterdrückung.

Seit Beginn der Proteste in Iran im Herbst 2022 begleiten wir Überlebende, schaffen Öffentlichkeit und unterstützen konkrete Einzelfälle durch unser Patenschaftsprogramm.

Die Initiatorinnen Mariam Claren, Daniela Sepehri und Mina Khani haben ein bundesweites Netzwerk aufgebaut, das praktische Hilfe, politische Sichtbarkeit und psychologische Begleitung verbindet.

Mehr als 460 Abgeordnete des Bundestags, der Landtage und des Europaparlaments sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen haben Patenschaften für politische Gefangene in Iran übernommen. Damit schaffen sie Aufmerksamkeit und üben politischen Druck aus.

Ehemalige Gefangene berichten, dass diese Patenschaften in den Gefängnissen Irans wahrgenommen werden. Sie vermitteln den Inhaftierten nicht nur Hoffnung, sondern können auch ein Gefühl von Sicherheit geben – weil ihre Namen und Schicksale international bekannt werden.

DIE LAGE IN IRAN

(STAND AUGUST 2025)

Die Menschenrechtslage in Iran hat sich 2025 weiter dramatisch verschärft:

ÜBER 800 HINRICHTUNGEN

Laut Menschenrechtsorganisationen wurden in den ersten acht Monaten 2025 über 800 Menschen hingerichtet – ein Rekordhoch.

ÜBER 21.000 FESTNAHMEN

Der 12-tägige Israel-Iran-Krieg verschärfte die Unterdrückung weiter. Laut staatlichen Angaben wurden während und nach dem Krieg mehr als 21.000 Menschen festgenommen. Hunderten wird ohne Beweise „Spionage für Israel" vorgeworfen – ein Vorwurf, der zur Todesstrafe führen kann.

VERSCHOLLEN

Nach dem israelischen Angriff auf das Evin-Gefängnis eskalierte die Lage für die dort inhaftierten politischen Gefangenen. Sie wurden in Haftanstalten mit katastrophalen Bedingungen verlegt. Von vielen fehlt bis heute jede Spur.

DISKRIMINIERUNG

Frauen, queere Personen und ethnische Minderheiten sind besonders betroffen. Trans Frauen berichten von systematischer sexueller Gewalt bei Festnahmen. Hunderttausende Afghan:innen werden zur Ausreise nach Afghanistan gezwungen oder abgeschoben.

UNTERDRÜCKUNG

Das Regime betreibt weiterhin gezielte transnationale Repression in Europa: Überwachung, Bedrohungen, Einschüchterung bis hin zu Morddrohungen gegen Exil-Aktivist:innen sind auch in Deutschland Alltag.

DIE STIMMEN DER BETROFFENEN

Yazdan Hosseini, heute 17, wurde mit 14 Jahren bei den „Frau, Leben, Freiheit"-Protesten angeschossen. Etwa 70 Kugeln befinden sich noch immer in seinem Körper. Seine Integration in Deutschland verlief ohne jede strukturelle Unterstützung:

„Ich habe alles selbst gemacht. Ohne Sprachkenntnisse. Keine Hilfe vom Heim. Nur mein Bruder Adnan, der vor mir in Deutschland ankam, hat geholfen."

Adnan Hosseini ist kurdischer Aktivist und wurde am 21. November 2022 während des „Frau, Leben, Freiheit"-Aufstands schwer verletzt, als Sicherheitskräfte ihn mit 120 Schrotkugeln beschossen, was zum dauerhaften Verlust des Sehvermögens in seinem rechten Auge führte. Nach seiner Festnahme wurde er gefoltert, was zu weiteren Verletzungen führte, darunter Hörverlust und gebrochene Zähne.

Raha Ajourdani, trans Frau und ehemalige politische Gefangene, schildert systemische Gewalt:

„Trans Frauen sind in Iran ständig bedroht: Von der Gesellschaft, vom Staat, von der Polizei. In den Wagen der Sittenpolizei kommt es zu Vergewaltigungen."

DIE STIMMEN DER BETROFFENEN

Amir Kazemi's Cousin Majid Kazemi war bei den „Frau, Leben, Freiheit"-Protesten festgenommen, gefoltert und zum Tode verurteilt worden. Im Mai 2023 wurde er hingerichtet. Amir kämpfte bis zum Schluss um das Leben seines Cousins.

„Die Worte der europäischen Länder und ihre Taten passen nicht zueinander. Diese doppelmoralische Europa-Politik gegenüber der Islamischen Republik Iran muss aufhören. Mein Volk ist müde, es verdient Freiheit."

Morteza Kazemi, Onkel des im Iran hingerichteten Majid Kazemi. Mehrfach besuchte er seinen Neffen vor der Hinrichtung im Gefängnis und konnten die Spuren der Folter bezeugen. Nach dem staatlichen Mord an Majid wurde der Familie keine würdevolle Beerdigung erlaubt, die gesamte Familie inklusive Morteza wurden von den Sicherheitskräften unter Druck gesetzt.

Reza Shaker wurde ebenfalls bei den Protesten festgenommen. Er saß in einer Zelle mit Mohammad Mehdi Karami, der im Januar 2023 hingerichtet wurde:

„Alles, was ich hier weiß, habe ich durch Ehrenamtliche gelernt. Ohne sie könnte ich die Prozesse in Deutschland nicht verstehen."

UNSERE FORDERUNGEN

1. BUNDESWEITER ABSCHIEBESTOPP NACH IRAN

Wir kritisieren das Auslaufen des Abschiebestopps nach Iran Ende 2023 scharf. Die Islamische Republik Iran ist kein sicheres Land. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2025 wurden fünf Menschen nach Iran abgeschoben. Bedroht von den Abschiebungen sind unter anderem konvertierte Christ:innen, homosexuelle Personen und Frauen. Auch Protestierende der „Frau, Leben, Freiheit"-Bewegung wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt. Im Juli 2024 konnte nach einem Flughafenverfahren nur in letzter Minute durch zivilgesellschaftlichen Einsatz die Abschiebung einer 17-jährigen Kurdin, die sich an den „Frau, Leben, Freiheit"-Protesten an ihrer Schule beteiligt hatte, und ihrer 70-jährigen Großmutter verhindert werden. Die Schutzquote für Iraner:innen lag 2024 bei etwa 30 %. Die Innenminister:innenkonferenz muss einen bundesweiten Abschiebestopp für Iran verhängen.

2. ANERKENNUNG VON FLUCHTURSACHEN

Minderheiten und marginalisierte Gruppen werden in der Islamischen Republik Iran systematisch verfolgt. Bahá'í, Kurd:innen, Belutsch:innen, Afghan:innen, queere Personen und weitere werden kriminalisiert und willkürlich inhaftiert. Das Konvertieren zu einer anderen Religion wird hart bestraft, bis hin zur Todesstrafe. Geschlechtsspezifische Verfolgung muss als Asylgrund anerkannt werden, ebenso die Verfolgung aufgrund der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit sowie der Zugehörigkeit zu einer marginalisierten Gruppe oder aufgrund der sexuellen Orientierung. Darüber hinaus müssen politische Verfolgung, familiäre Verfolgung, sogenannte „Ehrenmorde" sowie Verfolgung aufgrund häuslicher Gewalt und psychische Folter als anerkannte Fluchtgründe gelten.

UNSERE FORDERUNGEN

3. UNTERSTÜTZUNG FÜR VERFOLGTE IN DEUTSCHLAND

Mehr als 300 Personen, die sich an den „Frau, Leben, Freiheit"-Protesten beteiligt haben, haben eine Aufnahmezusage nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) erhalten und sind über ein sogenanntes humanitäres Visum in Deutschland eingereist. Für sie braucht es:

3.1 Medizinische Versorgung
Viele sind schwer verletzt, oft mit Kugeln im Körper. Versorgung verzögert sich wegen langsamer Ausstellung von Versicherungskarten, fehlender Übersetzung, struktureller Unkenntnis.

3.2 Integration
Erleichterter Zugang zu Sprachkursen, Beratung zu Behördengängen, Wohnungssuche. Viele Betroffene sind auf Ehrenamtliche angewiesen, weil kommunale Strukturen fehlen. Projekte wie „Integrationslotsen" müssen gestärkt werden.

3.3 Politische Teilhabe
Teilnahme an UN-Konferenzen, Auftritten, Anhörungen muss ermöglicht und begleitet werden.

4. SCHUTZ FÜR OPPOSITIONELLE IN DEUTSCHLAND

Die Geheimdienste der Islamischen Republik Iran bedrohen Aktivist:innen, Journalist:innen und andere im Exil. Schutzprogramme und Sicherheitsmaßnahmen müssen gestärkt, das Personal von Polizei und Sicherheitsbehörden sensibilisiert werden.

5. KONSEQUENTES VORGEHEN GEGEN EINRICHTUNGEN DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN IN DEUTSCHLAND

Wir begrüßen die Schließung des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) und fordern dasselbe für das „Iran-Haus" in Berlin sowie für die regimenahen Banken. Diese Einrichtungen dienen der Finanzierung und Legitimierung von Terrororganisationen wie der Hisbollah.

UNSERE FORDERUNGEN

6. KONSEQUENTES VORGEHEN GEGEN IRGC-MITGLIEDER UND GEHEIMDIENSTE

Der Verfassungsschutz warnt vor den Aktivitäten der Geheimdienste des Regimes. 160 Personen mit IRGC-Bezug sind bekannt. Diese stellen eine konkrete Gefahr für Oppositionelle und die jüdische Gemeinschaft dar. Es ist untragbar und für die Betroffenen nicht verständlich, dass hier nicht gehandelt wird.

7. TERRORLISTUNG DER REVOLUTIONSGARDE (IRGC) IN DER EU

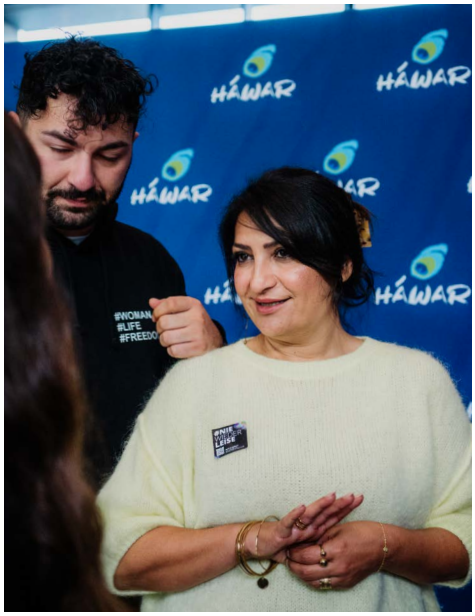
Die Revolutionsgarden sind verantwortlich für systematischen Terror im Inland sowie die Unterstützung von Organisationen wie Hamas und Hisbollah. Die EU muss die IRGC als Terrororganisation listen. Darüber hinaus sind auch alle Unternehmen zu sanktionieren, die wirtschaftliche oder logistische Zusammenarbeit mit der IRGC pflegen. Ohne diese Infrastruktur wäre die Repression in diesem Ausmaß nicht möglich.

8. AUSWEITUNG PERSONENBEZOGENER SANKTIONEN

Sanktionen gegen Einzelpersonen müssen konsequent durchgesetzt werden. Die EU soll insbesondere auch Familienmitglieder sanktionieren, die durch ihr Verhalten von den Verbrechen profitieren oder diese decken. Das würde die Effektivität und Gerechtigkeit dieser Maßnahmen erheblich steigern.

9. EINSTELLUNG ALLER HANDELSBEZIEHUNGEN

Die Handelsbeziehungen mit der Islamischen Republik Iran müssen komplett eingestellt werden. Die Weitergabe von Überwachungstechnologie muss strafrechtlich verfolgt werden. Statt wirtschaftlicher Zusammenarbeit braucht es gezielte Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft.



UNSERE FORDERUNGEN

10. RECHTLICHE AUFARBEITUNG VON VÖLKERRECHTSVERBRECHEN

Die dokumentierten Verbrechen durch die UN-Untersuchungskommission müssen juristisch verfolgt werden. Deutschland muss die Ergebnisse dieser Mission anerkennen und in seiner Außenpolitik konsequent berücksichtigen. Betroffene müssen in Europa Zugang zu Aufarbeitung und juristischer Gerechtigkeit erhalten.

11. GENDER-APARTHEID ALS VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT BENENNEN

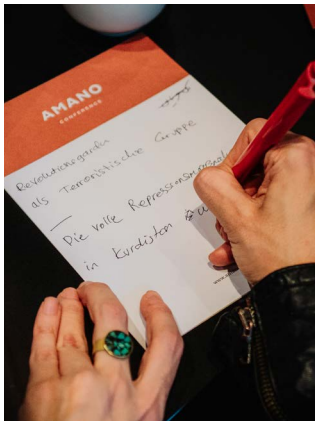
Die strukturelle Diskriminierung von Frauen und queeren Menschen in Iran ist eine Form von Gender-Apartheid. Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass dies international anerkannt und strafrechtlich verfolgt wird.

12. BEENDIGUNG DER ATOMVERHANDLUNGEN

Die Atomverhandlungen mit der Islamischen Republik Iran haben dem Regime internationale Legitimität verschafft. Diese Gespräche müssen eingestellt werden. Menschenrechte müssen bei jeder Form der Diplomatie Vorrang haben und im Mittelpunkt stehen.

13. MENSCHENRECHTSBASIERTE AUSSENPOLITIK

Jede Beziehung mit Iran muss an menschenrechtliche Bedingungen geknüpft sein, beispielsweise die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen und die Abschaffung der Todesstrafe. Die Rechte der queeren Community soll hierbei eine klare rote Linie sein. Aus Deutschland und der Europäischen Union braucht es sichtbare Unterstützung für Kampagnen der Menschen in Iran gegen Hinrichtungen. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft soll die Bundesregierung eine Liste von Menschenrechtsexpert:innen erstellen, die Entscheidungsträger:innen beraten. Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene für die Sanktionen von Richtern einsetzen, die Todesstrafen verhängen.



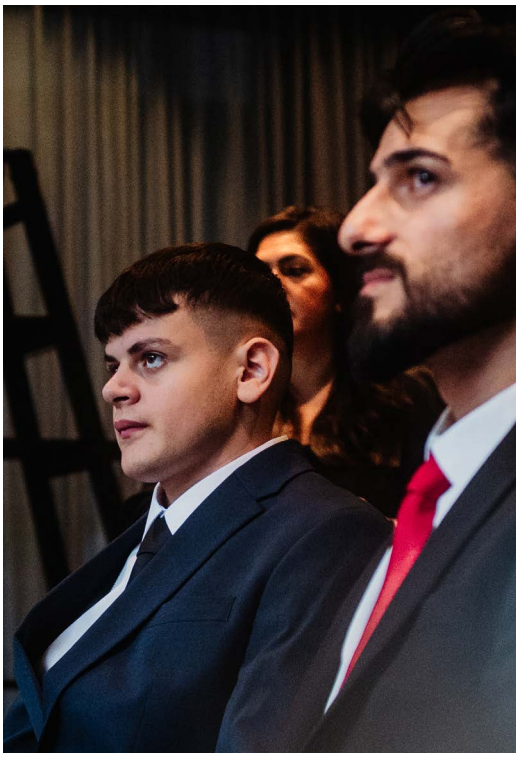
UNSERE FORDERUNGEN

14. STRATEGIE GEGEN GEISELDIPLOMATIE

Iran nimmt gezielt europäische Bürger:innen als Geiseln. Die EU muss eine koordinierte Strategie entwickeln, um mit dieser sogenannten Geiseldiplomatie umzugehen – in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen und ihren Familien. Einzelverhandlungen gefährden das Leben der zurückbleibenden Geiseln und sind daher schädlich. Die Bundesregierung muss vor Reisen nach Iran warnen.

15. FALL JAMSHID SHARMAHD UNABHÄNGIG UNTERSUCHEN

Eine internationale Kommission muss die Entführung, Inhaftierung und Hinrichtung von Sharmahd untersuchen – insbesondere die Rolle deutscher Behörden und deren Versäumnisse.



16. SCHUTZ FÜR GEFLÜCHTETE IN NACHBARLÄNDERN

Viele iranische Geflüchtete in der Türkei und Kurdistan-Region sind von Abschiebung bedroht. Visaverfahren für sie müssen beschleunigt werden. Zudem braucht es flexible konsularische Hilfe, beispielsweise wenn die deutschen Vertretungen aufgrund aktueller Ereignisse in Iran geschlossen sind. Humanitäre Programme für bedrohte Personen (LGBTQ+, Journalisten etc.) müssen ermöglicht werden. Zudem muss Deutschland den Druck auf Türkei und Irak zur Einhaltung von Menschenrechten erhöhen.

17. HUMANITÄRE VISA ERLEICHTERN

Politisch, genderspezifisch, religiös und familiär Verfolgten muss ein schneller Zugang zu Visa nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) gewährt werden. Verfahren dürfen nicht revidiert werden. Auch Journalist:innen, Aktivist:innen und Künstler:innen müssen einbezogen werden, die bereits vor oder nach den „Frau, Leben, Freiheit"-Protesten herausragende Leistung erbracht haben.

ABSCHLIESSENDER APPELL

Die Bundesregierung muss die Realität von Gewalt, Folter, Apartheid und Geiseldiplomatie klar benennen – und ihr entschlossen begegnen.

Im Koalitionsvertrag schreiben CDU, CSU und SPD:
„Wir unterstützen die internationalen Sanktionen gegen das iranische Regime und setzen uns weiterhin entschieden dafür ein, die Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen. Wir werden den Druck erhöhen, indem wir Sanktionslücken schließen und Menschenrechtsverteidiger:innen – vor allem Frauen – gezielt unterstützen."

DIESES POSITIONSPAPIER VERSTEHT SICH ALS FORDERUNG AN DIE BUNDESREGIERUNG UND DIE EUROPÄISCHE UNION:

HANDELT. JETZT.

IMPRESSUM

Angaben gemäß § 5 TMG: HÁWAR.help e. V.

Gründungsjahr: 2015

Vertreten durch: Mitgründerin und Vorsitzende Frau Düzen Tekkal

KONTAKT

E-Mail: info@hawar.help

Telefon: +49 (0) 30 206 489 00

REGISTEREINTRAG

Eintragung im Vereinsregister.
Registergericht: Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 34662 B

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV:
Düzen Tekkal

STREITSCHLICHTUNG

Die Europäische Kommission stellt eine Plattform zur Online-Streitbeilegung (OS) bereit: https://ec.europa.eu/consumers/odr/main/?event=main.trader.register&lng=DE. Unsere E-Mail-Adresse finden Sie oben im Impressum. Wir sind nicht bereit oder verpflichtet, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

HAFTUNG FÜR INHALTE

Als Diensteanbieter sind wir gemäß § 7 Abs.1 TMG für eigene Inhalte auf diesen Seiten nach den allgemeinen Gesetzen verantwortlich. Nach §§ 8 bis 10 TMG sind wir als Diensteanbieter jedoch nicht verpflichtet, übermittelte oder gespeicherte fremde Informationen zu überwachen oder nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hinweisen.

Verpflichtungen zur Entfernung oder Sperrung der Nutzung von Informationen nach den allgemeinen Gesetzen bleiben hiervon unberührt. Eine diesbezügliche Haftung ist jedoch erst ab dem Zeitpunkt der Kenntnis einer konkreten Rechtsverletzung möglich. Bei Bekanntwerden von entsprechenden Rechtsverletzungen werden wir diese Inhalte umgehend entfernen.

HAFTUNG FÜR LINKS

Unser Angebot enthält Links zu externen Websites Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar.

Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

URHEBERRECHT

Die durch die Seitenbetreiber erstellten Inhalte und Werke auf diesen Seiten unterliegen dem deutschen Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Autors bzw. Erstellers. Downloads und Kopien dieser Seite sind nur für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch gestattet.

Soweit die Inhalte auf dieser Seite nicht vom Betreiber erstellt wurden, werden die Urheberrechte Dritter beachtet. Insbesondere werden Inhalte Dritter als solche gekennzeichnet. Sollten Sie trotzdem auf eine Urheberrechtsverletzung aufmerksam werden, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Inhalte umgehend entfernen.

KONTAKT

HÁWAR.help e. V.

E-Mail: info@hawar.help
Telefon: +49 (0) 30 206 489 00

HÁWAR